

Perspektiven zivilgesellschaftlichen Engagements gegen Antisemitismus

Franziska Ehricht, Miphgasch/Begegnung e. V.

I

Kürzlich kam ich auf dem Weg zu einem Seminar an diesem Werbeplakat der Freien Theateranstalten Berlin vorbei. Pflichtbewusst griff ich natürlich sofort mein Telefon, um die Polizei über eine antisemitische Schmiererei auf dem Plakat zu informieren. Noch während ich mit dem Polizisten sprach, war ich mir plötzlich gar nicht mehr so sicher, ob die Schmiererei, oder das, was ich dafür hielt, nicht Teil des Plakats war, denn ich entdeckte weitere absolut identische Plakate. Der Polizist versprach mir dennoch, den Sachverhalt prüfen zu lassen.

In den folgenden Tagen kam ich noch häufiger an diesen Plakaten vorbei und mit jedem Mal fand ich sie unerträglicher, fragte ich mich doch jedes Mal aufs Neue, was der Zweck und vor allem was das Resultat ist? Tragen sie wirklich – wie ich mal unterstelle, dass es beabsichtigt ist – zur Provokation und zum Wachrütteln bei oder nicht viel eher dazu, dass wir uns an Schmierereien dieser Art gewöhnen bzw. diese nicht mehr ernst nehmen?

Die Veranstalter erläuterten schließlich auf Nachfrage meinerseits, dass mit diesem Motiv eine von etlichen Schmierereien aufgegriffen wurde, die sich im Laufe der Jahre auf ihren Plakaten angesammelt hatten. Mit der Verwendung auf dem Plakat sollte nun erreicht werden, dass kein Platz mehr zum Beschmieren sei.

Dieses Plakat verdeutlicht vielleicht einmal mehr, wie schwierig es ist, einen angemessenen Umgang mit dem Phänomen Antisemitismus im öffentlichen Raum zu finden und wie unterschiedlich dabei die Herangehensweisen und Befindlichkeiten sein können.

Ganz offensichtlich – dies zeigen nicht nur Umfragen und Studien, sondern auch alltägliche Erfahrungen – gehört das Auftreten von Antisemitismus zu den Problemen, mit denen sich unsere Gesellschaft auseinandersetzen hat. Dass dies in Deutschland aufgrund der spezifischen deutschen Geschichte eine besondere Relevanz hat, muss hier nicht extra hervorgehoben werden. Dass Antisemitismus auch ganz aktuell ein Problem ist, kann jedoch nicht oft genug betont werden.

Besonders beängstigend empfinde ich die zunehmende Bereitschaft in allen Teilen der Gesellschaft – eben auch in ihrer berühmten „Mitte“, sich antisemitisch zu äußern. Viel zu selten begegnen wir offenem Widerspruch. Im Gegenteil: In vielen Gesichtern liest man all zu deutlich den Satz: „Endlich traut sich jemand das mal laut zu sagen ...“



II

Die Themen, denen wir bei Miphgasch/Begegnung e. V. in unserer pädagogischen Arbeit am häufigsten begegnen sind: sekundärer Antisemitismus, vor allem als Schuldabwehr, israelbezogener Antisemitismus und Verschwörungstheorien, wobei die Übergänge durchaus fließend sind und auch Antiamerikanismus immer wieder hineinspielt.

Das Phänomen der Schuldabwehr begegnet uns vor allem in Jugendgruppen, in denen mehrheitlich so genannte herkunftsdeutsche Jugendliche lernen. Aber auch die erwachsenen Begleitpersonen tragen nicht selten dazu bei. Während viele Jugendliche vor allem sehr darunter leiden, dass sie ihrer Meinung nach permanent für die Verbrechen der Nationalsozialisten verantwortlich gemacht werden, stellen Erwachsene häufig die Frage, warum nun ausgerechnet die Juden ein so großes Mahnmal in Berlin bekommen haben – schließlich gibt es ja auch noch andere Opfergruppen, mit denen man sich befassen muss.

Sehr problematisch ist m. E. auch die Nennung „der beiden deutschen Diktaturen“ in einem Atemzug. Dies lässt einer angemessenen Differenzierung in beide Richtungen all zu wenig Raum, öffnet aber im schlimmeren Fall einer Relativierung der Verbrechen Tür und Tor. In diesen Kontext gehört auch die weit verbreitete Aussage: „Es gibt nicht nur Extremismus von rechts, sondern auch von links.“

Nun soll damit keinesfalls gesagt werden, dass alle diese Äußerungen auf ein antisemitisches Weltbild schließen lassen. Jedoch stellt sich durchaus die Frage, inwiefern eine solche Grundeinstellung die Basis für ein entschiedenes Handeln gegen Antisemitismus bilden kann.

Da ich gerade über Abwehrmechanismen spreche, sei mir ein kleiner Exkurs zu einem anderen populären Motiv erlaubt: Der Fingerzeig auf das, was gern als „islamischer Antisemitismus“ bezeichnet wird. In der Tat gibt es besorgniserregende antisemitische Vorfälle, die von jungen Muslimen in Deutschland begangen werden wie auch antisemitische Propaganda seitens islamistischer Organisationen. Ohne Zweifel erfordern diese unser aller Aufmerksamkeit und Handeln, wie eben jede antisemitische Straftat. Ob die eben erwähnten Verursacher antisemitischer Straf- und Gewalttaten dabei als Muslime agieren, wäre zu klären. Die Schlussfolgerung aber, dass dementsprechend der Antisemitismus der islamischen Religion immanent sei, ist nach wissenschaftlichen Erkenntnissen jedoch nicht haltbar.

Nur zu gern wird der „Antisemitismus unter Migranten“ als eine der neuen Herausforderungen in unserem Kontext benannt, wobei mit der Bezeichnung Migranten in der Regel Muslime gemeint sind und diese wiederum, entgegen ihrer inneren Heterogenität, zu einer einzigen homogenen Gruppe mit gleichen Interessen und Überzeugungen deklariert werden. Wenn wir uns nun dazu verführen lassen, antisemitische Äußerungen und Straftaten junger Muslime in Deutschland als Ablenkung vom Problem des Antisemitismus in allen anderen Teilen der Gesellschaft zu instrumentalisieren, ist dies in jeder Hinsicht kontraproduktiv. Anstatt mit dem Finger auf eine Gruppe von Menschen zu zeigen, müssen wir endlich begreifen, dass auch diese Menschen Teil unserer Gesellschaft und damit unserer gemeinsamen Verantwortung sind. Denn Deutschland ist nicht erst in den vergangenen zehn Jahren zum Einwanderungsland geworden. Was ich damit sagen will: Wir sind sehr wohl mit Themen und Aufgaben konfrontiert, die uns die Einwanderungsgesellschaft vorgibt und denen wir uns widmen müssen: Nur sind diese nicht neu, sondern wir haben sie schlichtweg zu lange ignoriert.

Eine dieser Aufgaben ist ohne Zweifel die Frage nach dem Umgang mit dem Thema Nahost in der Auseinandersetzung um israelbezogenen Antisemitismus. Was sich in unserer pädagogischen Praxis zeigt, ist, dass vor allem, aber nicht nur, für viele Jugendliche arabischer Herkunft dieses Thema eine besondere Rolle spielt. Die Nachrichten und Bilder, die die Jugendlichen über deutsche wie ausländische Medien wahrnehmen, beeinflussen durchaus die Bilder, die sie von Juden haben. Bei genauerem Hinsehen wird sehr schnell deutlich, dass es ein großes Wissensdefizit über Geschichte und Ursachen der Situation im Nahen Osten gibt, dem dringend entgegen gewirkt werden muss. Dies ist durchaus möglich – viele Jugendliche lassen ein großes Interesse daran erkennen. Wichtig ist dabei nur, dass sie nicht das Gefühl bekommen, einseitiger Agitation ausgesetzt zu sein. Ein differenzierter Blick auf die Ereignisse im Nahen Osten ist hierbei ebenso wichtig wie ein respektvoller Umgang mit dem tatsächlich erfahrenen Leid z. B. palästinensischer Flüchtlinge. Es nützt niemandem, wenn solche Leidenserfahrungen lediglich instrumentalisiert und auf eine „Ja, aber...!“ - Diskussion reduziert werden. Unsere Erfahrungen zeigen, dass eine ehrliche und aufrichtige Anerkennung der familiären Biografien etwa palästinensischer Flüchtlinge dazu verhelfen kann, dass sich diese Jugendlichen den tatsächlichen Leidenserfahrungen der aus ihrer Perspektive anderen Seite, nämlich der der jüdischen Israelis, öffnen.

Neben der Vermittlung von Sachkenntnissen ist hier übrigens auch die Schulung von Medienkompetenz gefragt. Beides, also Bedarf an der Vermittlung von Sachkenntnissen und von Medienkompetenz, gilt aber übrigens nicht nur für arabische oder muslimische Jugendliche, sondern generell für unsere Gesellschaft. Denn bekanntermaßen sind wir all zu oft mit einer Form der Kritik an israelischer Politik konfrontiert, die mit sachlicher Kritik an politischen Entscheidungen nicht mehr viel zu tun hat.

Gerade das Thema Nahost ist aufgrund seiner Aktualität und Brisanz eines, das dazu verführt, sich besonders stark von Emotionen leiten zulassen. Das macht es besonders schwer, aber auch besonders wichtig, es mit Augenmaß und Sachlichkeit zu behandeln. Eine Zuspitzung auf vereinfachte Freund-Feind-Bilder und damit verbundene Schuldzuweisungen, wie sie leider auch bei Diskussionen innerhalb von engagierten zivilgesellschaftlichen Organisationen vorgenommen wird, ist hier kontraproduktiv und unangemessen.

III

Im pädagogischen Kontext halte ich es für außerordentlich wichtig, zwischen antisemitischen Äußerungen und einem antisemitischen Weltbild zu unterscheiden. Eine notwendige Voraussetzung für die pädagogische Arbeit ist es, dass die Jugendlichen ihre Vorbehalte äußern können. Nur dann können diese auch hinterfragt werden. Moralisierende Redeverbote sind kontraproduktiv. Den hierfür notwendigen Rahmen müssen pädagogische Settings bieten, wobei die Schwierigkeit vor allem darin besteht, zu erkennen, wann Jugendliche nicht mehr erreichbar sind und das Setting für die Verbreitung ihrer Propaganda nutzen.

Jedoch nur so können Antisemitismen überhaupt thematisiert und problematisiert werden. Und nur dadurch kann es uns gelingen, die Kenntnisse und Fertigkeiten zu vermitteln, die notwendig sind, um Antisemitismus im öffentlichen Raum entschieden entgegen zu treten. Die Zivilgesellschaft trägt einen großen Teil der Verantwortung dafür, dass Antisemitismus nicht salonfähig wird. Wir müssen die unterschiedlichsten gesellschaftlichen Akteure hierfür sensibilisieren, damit in die verschiedenen

gesellschaftlichen Bereiche hineingewirkt werden kann. Ziel muss es sein, dass die überwiegende Mehrheit der Bevölkerung den Willen und die Fähigkeit besitzt, Antisemitismus im öffentlichen Raum zu erkennen und sich ihm ausdrücklich entgegen zu stellen.

Pädagogische Projekte spielen dabei eine große Rolle. Sie sind aber auch auf ein Umfeld angewiesen, das ihre Bedeutung erkennt und ihre Realisierung unterstützt. Dass etwa im Bereich staatlicher Verwaltungen eine weitere Sensibilisierung erforderlich ist, möchte ich gerne an einem Beispiel verdeutlichen:

Im vergangenen Sommer veranstalteten die Gedenkstätte Haus der Wannseekonferenz und der Moabiter Jugendklub Karamé e. V. eine Israelreise für Berliner Jugendliche palästinensisch-libanesischer Herkunft. Wann immer man im Vorfeld die Organisatoren nach den Vorbereitungen auf dieses spannende Projekt befragte, lautete die Antwort: „Frag bloß nicht“.

Grund hierfür waren nicht etwa Schwierigkeiten, die die Jugendlichen hätten bereiten können – diese freuten sich riesig auf die Reise –, sondern schlicht und einfach der Umstand, dass es schier unmöglich schien, für die Teilnehmer, die teilweise keinen deutschen Pass besaßen, die notwendigen Reiseunterlagen zu beschaffen. Während die israelische Botschaft extra Öffnungszeiten einrichtete, legten deutsche Behörden Steine über Steine in den Weg, schickten Antragsteller von Pontius zu Pilatus oder versprachen am Telefon die Ausstellung von Dokumenten, die sie zum vereinbarten Termin dann verweigerten. Für einen Jugendlichen scheiterte die Beschaffung der nötigen Papiere an der deutschen Bürokratie. Er musste zu Hause bleiben. Was dieser bürokratische Hürdenlauf für die inhaltliche Vorbereitung auf die Reise bedeutete, muss hier wohl nicht extra ausgeführt werden.

IV

Dieses letzte Beispiel verdeutlicht vielleicht einmal mehr, dass in der Auseinandersetzung mit dem Thema Antisemitismus ein enges Zusammenwirken unterschiedlicher gesellschaftlicher Bereiche erforderlich ist. Zivilgesellschaftliche Organisationen sind auf Rahmenbedingungen angewiesen, die es ihnen ermöglichen, effektiv, kontinuierlich und qualitativ zu agieren. Sie benötigen die Unterstützung der Wissenschaft, die die notwendigen Informationen und Daten zur Verfügung stellen muss. Dazu gehört ganz aktuell eine empirische Studie, die uns aussagekräftige Informationen über Ausmaß und Spezifika des Antisemitismus in den einzelnen gesellschaftlichen Gruppen, darunter auch den verschiedenen Migrantengemeinschaften in Deutschland geben könnte. Nur damit kann wirklich sachlich diskutiert und zielgerichtet agiert werden.

Zivilgesellschaftliche Organisationen benötigen eine Politik, die sich ehrlich und aufrichtig gegen jedwede Form von Antisemitismus stellt und dieses Thema nicht für parteipolitische Querelen instrumentalisiert. Die Politik ist aber auch in anderen Bereichen gefordert: So sind ein deutlicher Wandel in der Integrations- und Bildungspolitik dringend erforderlich, um endlich die notwendige Grundlage für gesellschaftliche Chancengleichheit und Teilhabe zu legen. Dies wäre auch ein wichtiger Beitrag für eine verstärkte Einbindung von Akteuren aus den verschiedenen gesellschaftlichen Gruppen, darunter auch den Migrantengemeinschaften.

Zivilgesellschaftliche Organisationen benötigen, so ungern das gehört wird, auch die finanziellen Rahmenbedingungen, um über engagierten Aktionismus hinaus kontinuierlich und damit nachhaltig wirken zu können. Dabei müssen sie diejenigen sein, die Themen und Schwerpunkte bestimmen. Förderprogramme, die Inhalte und Zielgruppen all zu eng vorgeben, engen den Handlungsspielraum zu sehr ein und behindern ein flexibles Reagieren auf aktuelle Ereignisse vor Ort. Und Förderprogramme, die aufgrund von nicht realisierbaren Kofinanzierungsaufgaben vor allem kleinere Organisationen von vornherein von der Finanzierung ausschließen, verpassen die Vielfalt der vorhandenen Kompetenzen und Akteure.

Zivilgesellschaftliche Organisationen müssen und werden weiterhin auf Antisemitismus in der Gesellschaft reagieren und dabei auch gesellschaftliche Veränderungen berücksichtigen. Eine besondere Herausforderung für die Auseinandersetzung mit dem nationalsozialistischen Antisemitismus und dem Gedenken an dessen Opfer ist die Tatsache, dass immer weniger Zeitzeugen in der Lage sind, über ihr Erleben und Überleben zu berichten. Es ist auch anzunehmen, dass die zunehmende Abwesenheit von Überlebenden verstärkt zu undifferenzierten Äußerungen über den Holocaust in öffentlichen Debatten verführt. Gerade darum ist es wichtig, dass die Zivilgesellschaft sich weiterhin in die Gestaltung der Erinnerung einbringt. Mit dem größeren Abstand zum Nationalsozialismus gilt es, immer wieder neu zu vermitteln, warum die Erinnerung an dessen Opfer nicht vernachlässigt werden darf. Gedenkzeremonien, die als leere Rituale erscheinen und an einem großen Teil der Menschen vorbeigehen, verfehlen dabei ihren Sinn.

Wir müssen uns aber bei aller Wichtigkeit einer angemessenen Auseinandersetzung mit dem Nationalsozialismus endlich von der noch immer verbreiteten Annahme verabschieden, dass Wissen über den Nationalsozialismus, Stolpersteinprojekte oder Gedenkstättenfahrten ausreichende Aktivitäten seien, um aktuellem Antisemitismus entgegenzuwirken. Die Auseinandersetzung mit diesem Phänomen erfordert nicht nur Wissensvermittlung über historische und aktuelle Erscheinungsformen von Antisemitismus, sondern vor allem, und das macht es so schwierig, eine ehrliche Selbstreflexion aller Akteure und ein Agieren dort, wo es am meisten weh tut: Bei uns selbst in der Gegenwart.